

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

was gerade wir Sozialdemokrat:innen seit jeher befürchtet haben, wurde durch die jüngsten Enthüllungen bewiesen: Im rechten Abseits dieses Landes wollen sie nicht nur unseren Staat untergraben, sondern auch Demokratie und Menschenrechte abschaffen. Da sind Leute, die sich treffen und planen, wie bald 80 Jahre nach dem Ende der Nazizeit in Deutschland wieder Menschen selektiert werden sollen – nach Herkunft, Religion, nach der sexuellen Identität, nach dem Aus-

sehen, nach ihrem Handicap oder wegen was auch immer. Schon das ist ein ungeheurer Schaden für unser Land. Und schon das macht vielen Leuten Angst. Seither sind Millionen Menschen aufgestanden, überall in Deutschland. Menschen, die hinstehen für unsere Demokratie, unsere Freiheit. Für unsere Menschenrechte, die für ALLE gelten.

Und wir müssen nicht nur hinstehen, sondern auch stehenbleiben. Deswegen habe ich mit vielen anderen Leuten hier im Land ein Bündnis auf den Weg gebracht. Das „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“, ein breites überparteiliches und zivilgesellschaftliches

Bündnis in Baden-Württemberg, hat schon zum Auftakt in Stuttgart über 70 Vertreter:innen aus Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbänden, Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie staatlichen Institutionen, Vereinen und Parteien zusammengebracht.

Das

klärung verabschiedet haben: „Indem wir als demokratische Mehrheit unsere Kräfte bündeln, stellen wir uns gemeinsam gegen jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit und verteidigen die Grundwerte unserer Demokratie. In einem Schulterschluss aller Demokrat:innen

Es ist ein starkes Signal, dass so viele Menschen an so vielen Orten hinstehen. Gegen die Feind:innen der Demokratie, gegen alle Versuche, Menschen auszugrenzen. Gegen Hass und Hetze und gegen die Angst, die das verursacht. Mit dem Bündnis wollen auch wir hinstehen. Und dabei helfen, dass wir so lange stehenbleiben, wie es nötig ist.

Ich weiß, wie viele von euch dabei sind. Privat oder in einer Funktion, bei kleinen oder großen Kundgebungen, überall. Danke, dass ihr mitmacht. Danke, dass ihr euch aktiv vor unsere Demokratie

und die Rechte jedes und jeder Einzelnen stellt. Denn klar ist: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art.1 Grundgesetz)!

Euer



Andreas Stoch



Am 25. Januar kam das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte Baden-Württemberg zu seinem Auftakttreffen zusammen.

## GEMEINSAM HINSTEHEN. FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE.

Bündnis ist keine Alternative zu den vielen Kundgebungen. Es soll sie unterstützen und bei der Zusammenarbeit helfen. Und es geht da ausdrücklich nicht um Parteipolitik (was hoffentlich alle demokratischen Parteien verstehen), sondern um Grundsätze. Wir erleben schwere Zeiten und viele Diskussionen. Aber unser Grundgesetz steht nicht zur Debatte.

Es gilt, was wir in unserer ersten Er-

und Demokraten in Baden-Württemberg erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen Verfassungsfeinde“.

Bei unserem Auftakttreffen haben wir auch schon weitere Schritte vereinbart. Wir wollen eine Steuerungsgruppe auf Arbeitsebene, die weitere Maßnahmen koordiniert. Und wir denken auch an eine gemeinsame Kampagne in den sozialen Medien und eine zentrale Kundgebung.

# BADEN-WÜRTTEMBERGS STÄRKSTE STIMMEN FÜR EUROPA

Bei der Europawahl im Juni wollen wir dem Rechtspopulismus eine laute sozialdemokratische Stimme entgegensetzen. Dafür treten wir mit einem Team aus jungen und engagierten Kandidat:innen an. Angeführt wird dieses Team von René Repasi und Vivien Costanzo. Sie wurden bei der Europadelegiertenkonferenz kürzlich auf die Plätze 6 und 13 der Europalisten der SPD gewählt – die Chancen stehen gut, dass wir Baden-Württemberg im nächsten Europäischen Parlament mit zwei Mandaten vertreten können! Wir haben René und Vivien interviewt.

**Warum sollten die Menschen bei der Europawahl ihre Stimme der SPD geben?**

**VIVIEN:** Mit dieser Wahl entscheiden wir, ob Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Solidarität als Grundwerte erhalten bleiben. Die SPD ist nicht nur DIE Europapartei, sondern die Vorkämpferin für diese Grundwerte. Und wir haben einen klaren Plan, was wir mit der EU vorhaben: Ein soziales Europa.

**RENÉ:** Die EU ist der Garant für Frieden und Sicherheit, die Grundlage unseres Erfolgs. Wir kämpfen dafür, dass das so



Vivien Costanzo wurde auf dem aussichtsreichen Platz 13 der SPD-Europalisten gewählt.

bleibt. Unsere Partei steht für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und Stabilität. Wir stellen uns gegen die Abwanderung von Industrie und Arbeitsplätzen. Stattdessen wollen wir, dass Klimaschutz gelingt und zu einem Jobmotor wird, von dem die arbeitende Mitte profitiert.

**Für welche Themen willst du dich im Europäischen Parlament besonders einsetzen?**

**RENÉ:** Meinen Schwerpunkt setze ich auf einen fairen Binnenmarkt, der den Menschen dient und die Macht von Unternehmen bündigt. Ich will weiterhin dafür kämpfen, dass Tech-Konzerne reguliert und kontrolliert werden. Es braucht klare Regeln für die Finanzmärkte – Steuerver-



Unser Europaabgeordneter René Repasi tritt erneut zur Wahl an.

meidung und Geldwäsche sage ich den Kampf an!

**VIVIEN:** Europa müssen wir schützen und weiterentwickeln. Dazu brauchen wir Strukturen, die zur heutigen Zeit passen. Das heißt, eine neue EU-Reform und ein außenpolitisch geschlossenes Europa sollten genauso Priorität haben wie eine Reform der Migrationspolitik.

**Wie können wir die Menschen im Wahlkampf erreichen?**

**VIVIEN:** Wichtig ist, dass wir nicht in der eigenen Blase bleiben. Ich bin ein Fan von Haustürwahlkampf, Frühverteilungen und anderen Knotenpunkten.

**RENÉ:** Es gilt, die Bürger:innen proaktiv

einzubinden. Ich setze daher auf die volle Bandbreite eines modernen Wahlkampfs: Ich will klassische Angebote machen, aber auch online und auf den sozialen Medien präsent sein. Natürlich spielen auch Haustürbesuche eine Rolle. Ich will einen Wahlkampf führen, der unser europäisches und solidarisches Profil deutlich macht.

**Crêpes in Straßburg oder Pommes in Brüssel?**

**VIVIEN:** Definitiv Crêpes in Straßburg!

**RENÉ:** Ganz klar: Crêpes als Highlight während der Plenarwochen in Straßburg – Sitzungen in Brüssel sind schließlich Alltag! ;-)



## #MITTENDRIN

WIR STELLEN UNS DEN HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEMOKRATIE

Liebe Genossinnen und Genossen,

**wir leben in herausfordernden Zeiten.** Im Alltag begegnen wir schwierigen und immer hitzigeren Debatten, sei es auf dem Elternabend, im Verein oder am Stammtisch. Das Vertrauen in die Demokratie scheint zu schwinden, der Staat scheitert an seinen Aufgaben – so hören wir jeden Tag.

Streit gehört zur Demokratie. **Ich finde, der Austausch verschiedener Meinungen ist gerade auch für unsere Partei ein wichtiger Grundsatz.** Dies immer wieder auch zu sagen, gehört zu unserem Selbstverständnis als Bewahrer:innen der Demokratie.

**Der beste Ort für diesen Austausch ist das alltägliche Leben.** Sich da einzubringen, mitzudiskutieren und aus einer vermeintlichen Mindermeinung heraus zu überzeugen braucht **Mut**,

**Fakten und eine Idee, wie ich mir Gehör verschaffen kann.** Dazu werden wir euch in der kommenden Zeit **eine Vielzahl an Angeboten zur Verfügung stellen.** Geplant sind etwa:

■ **„Kurz & bündig“:** In einer maximal 30-minütigen Videokonferenz stehen die fachlich zuständigen Abgeordneten aus Europa, Land und Bund euch Rede und Antwort zu aktuellen Brennpunktthemen. So versorgen wir euch schnell mit Hintergrundinformationen und stärken eure Argumentation.

■ **Diskussionstrainings:** Wir werden **digitale Diskussionstrainings anbieten, damit ihr am Stammtisch, am Wahlstand oder in Sitzungen Populist:innen Paroli bieten könnt.** Expert:innen erklären, welche Sprechweisen infrage kommen und welche Gesprächsstrategien Erfolg ver-

sprechen. Wir stellen euch einen Pool an Referent:innen zur Verfügung, auf den ihr für weitere Trainings vor Ort zurückgreifen könnt.

■ **Inhaltliche Schulungen:** Ab dem Frühjahr wollen wir euch mit **Schulungen in der argumentativen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aussagen unterstützen.** Wir stellen typische Falschbehauptungen richtig und erarbeiten gemeinsam Vorschläge für eine inhaltliche Gegenrede.

Lasst uns mehr Zeit darauf verwenden, mit den Menschen zu sprechen und zu diskutieren. Lasst uns **#mittendrin** sein!

Euer Sascha Binder  
Generalsekretär

## TERMINE

### MÄRZ '24:

FR 01. MÄR · 15:30 >  
Präsidium (digital)

FR+SA 08. + 09. MÄR >  
Klausur Landesvorstand,  
Stuttgart

### APRIL '24:

FR 12. APR · 16:00 >  
Präsidium (digital)

SA 13. APR >  
SPD Frauen Landes-  
delegiertenkonferenz,  
Stuttgart

SA 20. APR >  
Landesvorstand, Wiesloch

SA 20. APR >  
Wahlkampfveranstaltung  
zur Kommunalwahl- und  
Europawahl, Wiesloch

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD Landesverband  
Baden-Württemberg  
**Verantwortlich:**  
Sophia Zimmermann  
**Redaktion:** Stephan Wehner,  
Sophia Zimmermann  
**Kontakt:** SPD-Landesverband  
Baden-Württemberg  
Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart  
**Fon:** 0711.61936-0  
**Mail:** kommunikation-bw@spd.de  
**Internet:** www.spd-bw.de

## SPD ALS FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER AUSGEZEICHNET

Die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg hat für ihre Personalpolitik das Zertifikat zum *audit berufundfamilie* erhalten, das ein Qualitätssiegel für eine betriebliche Vereinbarkeitspolitik ist. „Die Landtagsfraktion ist ein familienfreundlicher Arbeitgeber und setzt sich insbesondere dafür ein, dass sich die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen gut mit der Arbeit bei der SPD-Fraktion vereinbaren lassen“, freut sich der Landes- und Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch über die Auszeichnung. Positiv hervorgehoben wurden vom Kuratorium der berufundfamilie Service GmbH unter anderem



**Gleitzeitregelungen**, die flexibles Arbeiten ermöglichen, sowie großzügige, unbürokratisch und flexibel organisierte **Home-Office-Regelungen**. So können die Beschäftigten individuelle Arbeitszeitmodelle entsprechend ihrer aktuellen familiären Situation in Anspruch nehmen.

Derzeit sind ein Kontakt-halteprogramm für Beschäftigte in Elternzeit und ein Onboarding-Programm für neue Kolleg:innen in Arbeit. Außerdem wird das betriebliche Gesundheitsmanagement weiterentwickelt und die Unterstützung für Beschäftigte mit Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen ausgebaut.

## HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM MÄRZ zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for March anniversary]

[Redacted name] zum 65. Parteijubiläum:

IM APRIL zum 50. Parteijubiläum:

[Redacted names and addresses for April anniversary]

ANZEIGE

**SPD** Soziale Politik für Dich.



# JETZT VOR ORT HALTUNG ZEIGEN!

Argumente und Materialien findet ihr hier



## AUFGABEN FAIR VERTEILEN UND FAIR BEZAHLEN

Die SPD fordert eine grundlegende Aufgabenkritik. Land und auch Bund können nicht ständig weitere Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne auch dauerhaft und verlässlich für deren Finanzierung zu sorgen. Ein dauerhafter Kabinettsausschuss mit Vertreter:innen der Landesregierung und der Kommunen soll verhindern, dass die Rathäuser in Bürokratie ersticken. Die SPD steht auch dafür, den Kommunen eine stetigere und verlässlichere Finanzierung zu sichern, zum Beispiel sollte der Vorwegabzug reduziert werden. Wir wollen, dass überall im Land die Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke erhoben wird, das bringt den Kommunen Geld und Wohnraum. Und wir wollen den kommunalen Finanzausgleich stärken.

## GEFLÜCHTETENPOLITIK GEMEINSAM MEISTERN

Dass die Landesregierung die Migration noch nicht wirklich begriffen hat, bekommen vor allem die Kommunen zu spüren. Die SPD fordert, dass das Land Aufnahme, Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen auf eine nachhaltige Basis stellt. Dazu gehört eine dauerhafte Finanzierung des Aufwands in den Kommunen, auch muss das Land die Flüchtlingspauschale des Bundes ohne jeden Abzug weitergeben. Der Personalmangel in den Regierungspräsidien muss behoben werden, Ausländerbehörden vor Ort brauchen Klarheit über ihre Ermessensspielräume und wichtige Angebote bei Integration und Sozialarbeit müssen vom Land bezahlt werden. Zahl und Kapazität der Landeserstaufnahmen muss endlich so erweitert werden, dass die Kommunen nicht von heute auf morgen mit der Unterbringung von Menschen überrumpelt werden.

## BEZAHLBARES WOHNEN – SO KÖNNEN KOMMUNEN AKTIVER WERDEN

Die SPD fordert ein erheblich stärkeres öffentliches Engagement im Bau bezahlbaren Wohnraums. Wo Kommunen eigene Baugesellschaften haben, brauchen sie mehr Unterstützung. Wo sie fehlen, muss eine neue Landesentwicklungsgesellschaft helfen. Gerade beim Ankauf von Grundstücken für neuen Wohnraum soll das Land bis zu 75 Prozent der Kosten tragen. Wir wollen den

# DAMIT DAS LAND EINE STARKE BASIS HAT: UNSERE POSITIONEN FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

**NIRGENDS KANN MAN DEMOKRATIE UNMITTELBARER ERLEBEN ALS VOR ORT IN DER EIGENEN STADT ODER GEMEINDE, NIRGENDWO SONST IST DIE POLITIK DER BASIS SO NAHE. IM KOMMUNALWAHLJAHR HAT DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION EIN UMFASSENDES POSITIONSPAPIER VERABSCHIEDET – FÜR STARKE UND HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN UND ALS KOMPASS FÜR DEN KOMMUNALEN WAHLKAMPF. FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH FASST ZUSAMMEN, UM WAS ES GEHT.**



Auf in den Wahlkampf: Was im Workshop erarbeitet wurde, setzen wir jetzt in der Praxis um - am besten lässt sich Kommunalpolitik im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg

**Verantwortlich:**  
Roman Götzmann

**Redaktion:**  
Hendrik Rupp

**Anschrift:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

**Telefon:**  
0711 2063-711/781

**E-Mail:** zentrale@spd.landtag-bw.de  
www.spd.landtag-bw.de

**facebook.com/**  
spdlandtagbw

**twitter.com/**  
spdlandtagbw

**instagram.com/**  
spdlandtag\_bw

Kommunen auch rechtlich mehr Möglichkeiten geben – Vorkaufsrechte, Maßnahmen gegen Zweckentfremdung, auch Mietprelsbremsen.

### BILDUNG: NICHT NUR FORDERN, SONDERN AUCH FÖRDERN

Allein der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ist eine gewaltige Aufgabe, bei der das Land seine Kommunen nicht im Stich lassen darf. Hier braucht es genauso genügend Hilfen wie für ausreichende und zuverlässige Kita-Plätze. Auch die digitale Ausstattung unserer Schulen darf nicht allein davon abhängen, wie viel Geld ein Rathaus zur Verfügung hat. Weil Lehrer:innen unterrichten sollen, anstatt sich um Netzwerke zu kümmern, muss das Land auch die nötige IT-Betreuung von Schulen finanziell unter-

stützen. Auch bei der Schulsozialarbeit darf sich das Land nicht länger aus seiner Verantwortung stehlen.

### SICHERHEIT VOR ORT

Wegen des Klimawandels muss der Katastrophenschutz in den Kommunen verstärkt und etwa mit einem ausreichenden Landessirenenprogramm gefördert werden. Die SPD fordert aber auch, die wichtige Rolle der freiwilligen Feuerwehren stärker zu unterstützen. Das reicht von der Feuerwehrrente oder bezahlten Ruhezeiten nach Einsätzen bis zur Stärkung der Jugendfeuerwehren. Das Land muss sich stärker beim Bau von Rettungszentren engagieren und Kommunen deutlich mehr Hilfestellung bei der Sicherheit an Brennpunkten geben. Das reicht von Beleuchtungskonzepten bis zu Handreichungen für Waffenverbotszonen.

### MOBILITÄT UND ENERGIE: DIE WENDE GIBT ES NUR VOR ORT

Der öffentliche Nahverkehr ist der Schlüssel bei der Mobilitätswende, und er findet größtenteils in den Kommunen statt. Hier braucht es deutlich mehr Zutun des Landes, gerade abseits der Ballungsräume. Das Land muss seine Förderung für Busse, Straßen- und Stadtbahnen wieder anheben, es braucht Programme für spezielle Angebote im ländlichen Raum (On-Demand-Verkehr) und das Land muss in Techniken wie Ladeinfrastruktur oder autonomes Fahren investieren. Die Landesregierung darf auch nicht die künftige Versorgung mit Wasserstoff, Wärmeplanungen und Investitionen in neue Energie vor Ort verschlafen. Hier sind vor allem Hilfen gefragt, etwa auch Bürgschaften, um Kommunen und Stadtwerken Investitionen zu ermöglichen.

**HINWEIS:** Was sonst noch im Papier steht, findet ihr auf unserer Webseite [https://spd-bw.de/dl/2024\\_01\\_11\\_Positionspapier\\_Unsere\\_Staedte\\_und\\_Gemeinden\\_-\\_Garanten\\_fuer\\_Zusammenhalt\\_in\\_Baden-Wuerttemberg.pdf](https://spd-bw.de/dl/2024_01_11_Positionspapier_Unsere_Staedte_und_Gemeinden_-_Garanten_fuer_Zusammenhalt_in_Baden-Wuerttemberg.pdf)

